



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Vielfalt des lokalen Hörfunks und regionalen Journalismus nachhaltig unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein zeitlich begrenztes und zweckgebundenes Förderszenario zu entwickeln, welches eine angemessene Verteilung der Erlöse aus der Digitalen Dividende II sowohl für den Ausbau des „schnellen Internets“ als auch für die Umstellung der digitalen Hörfunkübertragung berücksichtigt. Um die Förderung passgenau zu gestalten, sollen auch Gespräche mit dem „Digitalradio Board“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) aufgenommen werden, das sich bereits dem Thema widmet und die Schwierigkeiten des Vollzugs der digitalen Umstellung für lokale Hörfunkveranstalter erkannt hat.

Begründung:

Die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder haben auf ihrer gemeinsamen Konferenz mit der Bundeskanzlerin am 11. Dezember 2014 beschlossen, den Länderanteil an den Erlösen aus der Frequenzaktion zur Digitalen Dividende II für den Breitbandausbau und die Digitalisierung (z.B. für den Ausbau von DAB+) einzusetzen. Nach dem Königsteiner Schlüssel erhält Bayern 97 Millionen Euro. Um den Ausbau der Infrastruktur des digitalen Radios auch in Bayern im privaten Hörfunkbereich nachhaltig voranzubringen, wären circa 3 Millionen Euro per anno über einen Zeitraum von 5 Jahren realistisch.

Eine Schriftliche Anfrage (Drs. 17/8951) der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hatte ergeben, dass der Erlösanteil Bayerns aus der Digitalen Dividende II dem allgemeinen Haushalt bereits zugeflossen ist,

über die Erlösverwendung von Seiten des Ministerrats jedoch noch nicht entschieden wurde.

Noch im September 2015 hatte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in einem Interview klargestellt, dass sie vor allem Bedarf bei der Unterstützung des privaten Radios bei der Umstellung auf digitale Sendetechnik sehe und sich in diesem Fall eine Investition von Teilen des Erlöses aus der Digitalen Dividende II vorstellen könne. Konträr dazu äußerte sich das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat: Der Inhalt einer Pressemitteilung vom 20. Januar 2016 legt den Schluss nahe, dass der Erlös in vollem Umfang für den Ausbau des Breitbandinternets eingesetzt werden soll.

Auch eine Anfrage zum Plenum vom 7. März 2016 Drs. 17/10465 des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo konnte keine Klärung bringen. Es wird aus der Antwort nicht ersichtlich, ob eine Entscheidung über die Verteilung des Erlöses bereits gefallen ist und wenn ja, wie und für welche Bereiche (Digitalisierung und/oder Breitbandausbau) dieser ggf. eingesetzt werden soll.

Vor diesem Hintergrund bleibt demnach weiterhin unklar, wie die digitale Umstellung im Bereich des privaten Hörfunks ohne zusätzliche staatliche Unterstützung, die die Fördermaßnahmen der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) ergänzen könnte, nachhaltig vollzogen werden kann. Denn insbesondere lokale Hörfunkveranstalter sehen sich außer Stande, den Vollzug einer digitalen Umstellung finanziell aus eigener Kraft zu stemmen, wie auch das „Digital Radioboard“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur unlängst festgestellt hat. Insbesondere die sogenannte Simulcast-Phase, also die gleichzeitige UKW- und DAB-Ausstrahlung, ist mit hohen zusätzlichen Kosten für die privaten Hörfunkanbieter verbunden, aber dennoch notwendig, da die Empfangbarkeit in Bayern nach wie vor lückenhaft ist und die Verbreitung des Digitalradios nur schleppend voranschreitet. Zudem erscheint der alternative Hörfunkübertragungsweg – nämlich über das Internet – wenig zukunftsfruchtig, wie eine Studie der Technischen Universität München im Auftrag der BLM und des Bayerischen Rundfunks „broadcast oder broadband? – Zur Zukunft der terrestrischen Radioversorgung“ zeigt, da diese keine kostengünstige terrestrische Verbreitungstechnologie darstelle. Die Studie kommt zu dem Schluss, „dass ein weiterer Ausbau von DAB+ hin zu flächendeckender Versorgung der ökonomisch sinnvolle und einzig gangbare Weg ist, um auf absehbare Zeit eine nahezu vollständige ter-

restrische Versorgung mit digitalem Radioempfang in Bayern zu ermöglichen. Der Radioempfang über LTE wird an Bedeutung gewinnen, kann aber wegen der hohen Ausbau- und Übertragungskosten auf absehbare Zeit keinen ausreichenden Beitrag zu einer flächendeckenden Versorgung Bayerns leisten“.

Angesichts der Berichte zur Meinungskonzentration im Bereich des lokalen Rundfunks und Hörfunks (siehe u.a. den Bericht der Kommission zur Ermittlung der

Konzentration im Medienbereich (KEK-Konzentrationsbericht) 2010 und den MedienVielfalts-Monitor 2015 der Medienanstalten) sollte der Unterstützung des privaten Hörfunks bei der digitalen Umstellung ein hoher Stellenwert beigemessen werden und schwerwiegende Unstimmigkeiten zwischen den beiden Staatsministerien nicht auf Kosten der Vielfalt lokaler Hörfunkanbieter und des regional journalistischen Angebots gehen.